

Was Du schon immer über ATTAC wissen wolltest

Fragen und Antworten zur Globalisierungskritik für wirtschaftlich Interessierte

Zum Anlass des 10. Geburtstags von ATTAC Deutschland von Jochen Schemel

Kurzfassung für das AK-Grundlagentreffen am 7.4.2010

Wie versteht sich ATTAC ?

Grundkonsens von ATTAC:

- „Attac lehnt die gegenwärtige Form der Globalisierung, die neoliberal dominiert und primär an den Gewinninteressen der Vermögenden und Konzerne orientiert ist, ab: Die Welt ist keine Ware.
- Attac wirft die Frage nach wirtschaftlicher Macht und gerechter Verteilung auf.
- Attac setzt sich für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten, für Demokratie und umweltgerechtes Handeln ein.
- Für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien gibt es keinen Platz. „

Attac hat sich zur Aufgabe gemacht, die Globalisierung und ihre politische Gestaltung nicht den Politikern, der Wirtschaft und den vermeintlichen Fachleuten zu überlassen. Als **aktionsorientierte Bildungsbewegung** wollen wir die Fakten und die Argumente für eine andere Globalisierung für Alle zugänglich und verstehbar machen. Nur wer über die Zusammenhänge und die Akteure weiß, kann sich richtig wehren.

Wie ist Eure Globalisierungskritik zu verstehen?

Unsere Welt wächst zusammen, und das ist gut so. Wir befürworten den weltweiten Austausch von Informationen und den Kontakt sowie die Verständigung zwischen unterschiedlichen Kulturen weltweit. Unsere Kritik bezieht sich allein auf die wirtschaftlichen Aspekte einer marktradikalen Globalisierung – also auf solche wirtschaftlichen Prozesse, die sich mehr und mehr von politischer Regulierung gelöst haben und immer noch weiter lösen.

Alle unsere Lebensbereiche sind von der neoliberalen Globalisierung – von der weltweiten Öffnung der Finanz-, Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte - erfasst: Arbeit, Klima, Ernährung, Gesundheit, Bildung, die Versorgung mit Wasser und Energie... und schließlich auch die sozialen Sicherungssysteme und die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie.

Unsere Wirtschaft kann unter den Bedingungen offener (ungeregelter) Märkte nicht in erster Linie den Bedürfnissen der Bevölkerung (der Allgemeinheit) dienen, sondern wird zum Selbstzweck und bedient nur noch die Interessen einer kleinen Gruppe von Kapitalbesitzern. Die „Verlierer“ der neoliberalen Globalisierung (die Erwerbslosen und Arbeitnehmer mit Niedriglöhnen) werden nur noch als Wohlfahrtsempfänger (Transferleistungen) mitgeschleppt, statt auch diesen Menschen das Recht auf Teilnahme (Arbeit) und Teilhabe (an den erwirtschafteten Erträgen) einzuräumen.

Wollt ihr den „Kapitalismus“ abschaffen? Wie steht ihr zur Marktwirtschaft?

Der alte Kampfbegriff „Kapitalismus“ hat sich im allgemeinen Sprachgebrauch inzwischen gewandelt. Wer ihn heute noch verwendet - wir bevorzugen den Begriff „Neoliberalismus“ -, der lehnt nicht das private Eigentum an Produktionsmitteln mit Lohnarbeit ab und träumt auch nicht von der Alternative Kommunismus mit Planwirtschaft, sondern der distanziert sich von der „kapitalistischen“ Denkweise, die Gewinnmaximierung und ständiges Wachstum als die höchsten Werte erachtet und kein Problem damit hat, wenn sich die relativ kleine Gruppe der Kapitaleigner bereichert - zulasten der von einem ungezügelt Markt benachteiligten großen Mehrheit der Menschen. Diese Benachteiligten sind die (Globalisierungs-)Verlierer des „Systems“, genauer gesagt: Verlierer einer sozial rücksichtslosen und ökologisch schädlichen Ausgestaltung von Marktwirtschaft.

Wer die neoliberale Wirtschaftsordnung einfach nur als „Kapitalismus“ bezeichnet, der spielt unseren Gegnern in die Hände. Denn dieser in den Auseinandersetzungen des vorigen Jahrhunderts gebräuchliche Begriff suggeriert als Alternative den Sozialismus, Kommunismus – also die Ablehnung der Marktwirtschaft als solche, ohne zwischen einer sozial und ökologisch gezähmten Marktwirtschaft und einer „freien“ (ungeregelten) Marktwirtschaft unterscheiden zu können.

Wir befürworten eine nach demokratischen Beschlüssen geregelte Marktwirtschaft, die – unter dem Primat der Politik - für alle Menschen die Teilnahme und Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben gewährleistet und ihnen ein angstfreies Leben ermöglicht. Diese Ansprüche werden von der neoliberalen Wirtschaftsordnung nicht erfüllt.

Wo seht ihr die Hauptprobleme, die gelöst werden müssen?

In der massenhaften Erwerbslosigkeit (Massenarbeitslosigkeit) und in den Niedriglöhnen, die – ohne staatliche Hilfen - ein menschenwürdiges Leben nicht mehr zulassen.

Die Massenarbeitslosigkeit liegt im Interesse der Wirtschaftselite, weil sie auf diese Weise Niedriglöhne durchsetzen kann – wegen der lähmenden Angst der Arbeitnehmer vor Erwerbslosigkeit.

Wenn diese beiden Probleme nicht gelöst werden oder sogar noch anwachsen, dann ist nicht nur die (in Ansätzen noch vorhandene) soziale Komponente unserer Marktwirtschaft gefährdet, sondern auch unsere Demokratie.

Wie engagiert ihr euch für Entwicklungsländer?

Die im Interesse der reichen Länder global agierenden Institutionen wie IWF und WTO erreichen mit ihrer Politik der „Strukturanpassung“, dass die bestehenden bäuerlichen, handwerklichen und industriellen Kleinstrukturen der Entwicklungsländer zerstört werden. An ihre Stelle treten landwirtschaftliche Monokulturen für den Export und industrielle Produktionsstätten in der Hand der Kapitaleigner mit dem Ergebnis von bitterer Armut und Abhängigkeit immer größerer Teile der Bevölkerung.

Auch industriell gering entwickelte Länder wären in der Lage, aus eigener Kraft für ihre Bevölkerung Wohlstand zu schaffen, wenn sich die Industrieländer nicht ständig einmischen würden – in Komplizenschaft mit den Macht- und Wirtschaftseliten dieser Länder. Um die von den Industrieländern mit verursachten Probleme lösen zu können, ist eine solidarische Hilfe durchaus angebracht – aber eine Hilfe nur zur Selbsthilfe, indem z.B. technisches Know how (Patente, Experten) kostenlos zur Verfügung gestellt und Unterstützung beim Bau von Infrastruktur (Bildung,

Gesundheit, Verkehr) geleistet wird. Am wichtigsten ist, dass sich die regionalen Märkte ohne Störung durch neoliberale Einwirkung entwickeln können, um die gewachsenen Wirtschaftsstrukturen zu erhalten und zu stärken und auf dieser Basis eine eigenständige Entwicklung von Industrie voranzubringen. Nur so lassen sich Massenarbeitslosigkeit und Armut eindämmen.

Worin besteht die Macht der Wirtschaft?

Die Regierungen der einzelnen Länder sind in Zeiten der wirtschaftlichen Globalisierung erpressbar geworden. Die global agierenden Wirtschaftseliten können den nur national (teilweise auch EU-weit) agierenden Regierungen eine wirtschaftsfreundliche Politik aufzwingen mit der Drohung: sonst gehen wir in ein Land mit „besseren“ Standortbedingungen (Motto: das Kapital verhält sich wie ein scheues Reh).

Den global agierenden Konzernen kann also keine politische Gegenmacht die notwendigen Grenzen setzen. Denn die von demokratisch gewählten Politikern erlassenen Gesetze sind in ihrer Wirksamkeit nur auf das jeweilige Hoheitsgebiet des einzelnen Staates bzw. Staatenverbunds (z.B. der EU) begrenzt. Sie verfehlen daher ihre Bindewirkung gegenüber global agierenden Konzernen, die mühelos in der Lage sind, alle einzelstaatlichen Regelungen zu umgehen: mit der Verlagerung ihres Hauptsitzes, mit Hilfe ausgelagerter Zweigbetriebe und mit Briefkastenfirmen in Steuerparadiesen.

Wenn sich der Staat in die Wirtschaft einmischt – kann das gut gehen?

Der Staat sollte sich nicht in betriebswirtschaftliche Entscheidungen der Wirtschaftsunternehmen einmischen, so lange diese Entscheidungen im Rahmen gültiger Gesetze gefällt werden. Er soll jedoch durch geeignete Gesetze Rahmenbedingungen vorgeben, an die sich alle Unternehmen im Interesse der Allgemeinheit zu halten haben. Das Problem besteht darin, dass die global agierenden Unternehmen bei weltweit geöffneten Märkten solchen Gesetzen (Rahmenbedingungen des Wettbewerbs) ausweichen können.

Sollen die Unternehmen auch gesellschaftliche Verantwortung übernehmen?

Es reicht nicht, wenn ein Unternehmen nur Arbeitsplätze anbietet, Steuern zahlt und alles andere dem Staat überlässt: die Sorge, dass der erwirtschaftete Reichtum allen Menschen zugute kommt und nicht nur solchen, die durch irgendwelche Umstände (z.B. eine intakte Familie, größere Erbschaft, gute Bildungschancen, gut bezahlte Beamtenstelle, Eigentum an Kapital) begünstigt sind. In Zeiten der neoliberalen Globalisierung ist z.B. die Massenarbeitslosigkeit ein Vorteil für die Unternehmen, die unter diesen Bedingungen ihre Arbeitskosten drücken können, um wettbewerbsfähiger zu werden. Wohlstand für alle ist nur erreichbar, wenn unternehmerische und gesamtgesellschaftliche Interessen nicht gegeneinander stehen, sondern in eine gemeinsame Richtung zielen. Die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen kann nicht von der (moralisch empfundenen) Bereitschaft des einzelnen Unternehmens abhängig gemacht werden, sondern ist ihnen durch Regeln (verbindliche Gesetze als Wettbewerbsrahmen) abzuverlangen.

Wie steht ihr zu Wettbewerb und Sozialpolitik?

Wettbewerb an sich ist nicht schlecht, sondern notwendig. Zu recht wird gesagt: Wettbewerb belebt das Geschäft. Sonst würden sich die Unternehmen auf die faule Haut legen und trotzdem gut verdienen können – mit hohen Preisen auf Kosten der Verbraucher. Es kommt jedoch auf die Fairness des Wettbewerbs und auf die

Richtung an, die er mit seinen Regeln vorgibt: ob es ein Wettbewerb zwischen Unternehmen mit weltweit extrem unterschiedlichen Rahmenbedingungen oder zwischen Unternehmen in einer Region mit gleichen Rahmenbedingungen ist. Und es kommt darauf an, ob dieser Wettbewerb politisch in die richtige Richtung steuerbar ist.

Durch das Aufsprengen und Durchbrechen der vorher national abgegrenzten Märkte hat sich der Wettbewerb, der zuvor als belebender Wind gewirkt hat, zu einem Orkan verwandelt, der große Zerstörungen anrichtet. Unsere Demokratie folgt laut Grundgesetz dem Sozialstaatsprinzip. Die für den sozialen Ausgleich und für die ökologische Nachhaltigkeit erlassenen Gesetze sind durch steigende Massenarbeitslosigkeit gefährdet, wenn weitere Millionen Arbeitslose hinzukommen.

Gleicht sich der Lebensstandard in den armen und den reichen Ländern allmählich an?

Diese Vorstellung läuft unter dem Namen Konvergenztheorie. Sie besagt, dass die Mechanismen eines weltweit unregulierten Marktes auf einen „Faktorausgleich“ hinauslaufen: die Faktoren (Arbeit, Kapital, Bildung, Infrastruktur, Rechtsordnung...), von deren Ausgestaltung und Kosten die Wirtschaftsleistung eines Standorts abhängen, würden sich allmählich angleichen. Mit einiger Geduld könne man also erwarten, dass sich die armen Länder dem Wohlstand der reichen Länder annähern, wobei die reichen Länder – wenn überhaupt - nur wenig von ihrem Wohlstand einbüßen müssten.

Dazu ist zu sagen: Bei global freien - d.h. geöffneten, nicht durch Zölle, Kontingente und Kapitalverkehrsregeln geordneten - Märkten (bei allein vom Markt gesteuerter internationaler Arbeitsteilung) müssen wir damit rechnen, dass sich bei uns nicht nur die Löhne, sondern auch die sozialen und ökologischen Standards denen in Asien anpassen. Und die Leistungen des Staates für Gemeingüter wie Gesundheit, Bildung, Wasser- und Energieversorgung, Mobilität, Alterssicherung, Umweltschutz müssen sich ebenfalls früher oder später den Bedingungen der wirtschaftsfreundlichen Standorte anpassen, die solche Leistungen privatisiert haben nach dem Motto: Jeder ist seines Glückes Schmied und der Schwache hat keinen Anspruch auf Unterstützung durch den Starken. In den Ländern mit sozialen Sicherungssystemen ist der Sozialabbau vorprogrammiert – als Folge des selbst geschaffenen Sachzwangs der geöffneten Finanz- und Gütermärkte und nicht als Folge eines bewussten politischen Willens.

Insgesamt führt eine weltweit ungebremste Konkurrenz dazu, dass die Macht der global agierenden Konzerne durch Konzentration immer mehr steigt und die Einflussmöglichkeiten der Staaten immer mehr schwinden.

Kann die Kluft zwischen arm und reich überwunden werden?

Die Kluft zwischen arm und reich wächst nicht nur in weltweitem Maßstab (also im Vergleich der Länder untereinander), sondern auch innerhalb der einzelnen Länder. Die Gründe sind ziemlich einfach: wer Kapital besitzt und dieses in gewinnträchtige Unternehmen (Aktien) investiert, der profitiert davon, dass Kapital im Vergleich zur Arbeit immer wichtiger wird und entsprechende Zinsen abwirft. Die Arbeit dagegen verliert an Wert – gemessen am Arbeitseinkommen. Je mehr Arbeitsplätze wegrationalisiert worden sind, ohne im Dienstleistungssektor aufgefangen werden zu können, desto mehr Massenarbeitslosigkeit ist entstanden – und das trifft nicht nur die niedrig qualifizierten Arbeitsplätze, sondern immer mehr auch hoch qualifizierte.

Eine Überwindung der Kluft ist nur denkbar, wenn die global agierenden Unternehmen wieder den Gesetzen unterworfen werden können – Gesetzen, erlassen von frei gewählten Vertretern der Bevölkerung, die keiner Erpressung durch die globale Wirtschaftseliten ausgesetzt waren.

Profitiert der Verbraucher von den niedrigen Weltmarktpreisen?

Der niedrige Preis importierter Güter fordert einen hohen Preis an anderer Stelle: Massenarbeitslosigkeit, ungesicherte, zu schlecht bezahlte Beschäftigung und Existenzangst von immer mehr Menschen.

Der wirtschaftlich ungebildete Bürger sieht diesen Zusammenhang nicht und die in den Händen der Wirtschaftselite liegenden Medien hüten sich, die Bevölkerung über diesen Zusammenhang aufzuklären. Es sollte aber bekannt sein: wenn jeder Arbeitswillige einen angemessen gut bezahlten Arbeitsplatz hat, dann kann er sich auch höhere Preise leisten. Wegfallen würden auch die riesigen Einkommensunterschiede, die sich durch Leistung nicht rechtfertigen lassen.

Können die Arbeitszeiten gerechter aufgeteilt werden?

Wenn es weniger Arbeit gibt, weil viel von ihr durch Maschinen und Apparate ersetzt wurde, dann liegt es nahe, die Überstunden abzuschaffen und die regulären Arbeitszeiten zu verkürzen, damit wieder mehr Arbeitsplätze entstehen.

Diese vernünftige Regelung aber ist in Zeiten der wirtschaftlichen Globalisierung nicht machbar. Denn wenn die Arbeitskraft nicht im Übermaß angeboten, sondern knapp wird, sind die Unternehmen gezwungen, die Arbeitkräfte mit besserer Bezahlung zu locken. Das wäre allerdings – bei offenen Märkten - das Ende ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Wie hängt die Höhe der Löhne mit der Produktivität der Arbeit zusammen?

Noch bis in die siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts waren die Gewerkschaften mächtig genug, um durchzusetzen, dass die Erträge aus der steigenden Produktivität von Arbeit zu entsprechender Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung führten. Denn es gab noch Regeln, die von allen Unternehmen einzuhalten waren, ohne dass sie sich ihrer Verantwortung durch ein Ausweichen in Billiglohn- und Niedrigsteuerländer entziehen konnten. Auch der ungebremsste Kapitalfluss war damals nicht möglich. Inzwischen sind im Zuge der neoliberalen Globalisierung die Gewerkschaften weitgehend entmachtet worden, weil die Belegschaften durch die Drohung mit der Verlagerung der Produktion erpressbar geworden sind.

Wie hängen Konzentration und Macht der Unternehmen zusammen?

Wir beobachten eine starke Tendenz zur Konzentration von Unternehmen - eine Folge des internationalen Konkurrenzdrucks, dem auf Dauer nur die ganz großen Unternehmen gewachsen sind. Sie können in riesigen Stückzahlen produzieren, können ihre Zulieferer in Abhängigkeit halten und Märkte beeinflussen – z.B. durch ihre Finanz- und Investitionspolitik sowie durch ihre Werbestrategien. Ein Beispiel für die Macht der Wirtschaftselite sind die „systemrelevanten“ Banken, die in der aktuellen Finanzkrise die Regierungen zum Tanzen gebracht haben.

Einige wenige besonders wirtschaftsfreundliche Standorte in der Welt werden die großen Produktionen auf sich ziehen, während in den übrigen Ländern die De-Industrialisierung (und damit der Verlust entsprechender Arbeitsplätze einschließlich industrienaher Dienstleistungen) voranschreitet.

Die einzelnen Staaten sind hilf- und machtlos, weil sie (wie bereits erläutert) der globalen Standortkonkurrenz ausgeliefert sind und versuchen müssen, durch „wirtschaftsfreundliche Politik“ den eigenen Standort für die Unternehmen so attraktiv wie möglich zu machen.

Kann die weltweite Wirtschaft auf globaler Ebene sozial gestaltet werden?

Es kursieren Vorschläge eines neuen Ordnungsrahmens für den Weltmarkt, die globalen Institutionen die Verantwortung für die Gestaltung und Überwachung einer notwendigen Wettbewerbsordnung für die globalen Märkte übertragen wollen („global governance“, „Weltinnenpolitik“).

Es mag auch möglich sein, sich weltweit auf einige notwendige Minimalregeln für die Klimapolitik und für den Finanzmarkt zu einigen. Jedoch wäre es eine Illusion zu glauben, dass Staaten mit sehr unterschiedlichem Wohlstandsniveau global einheitliche Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaft festlegen werden, etwa gemeinsame Mindestlöhne und Steuersätze, um zu verhindern, dass renditehungriges Kapital in die Länder mit den geringsten Sozial- und Ökostandards ausweichen kann. Und Entwicklungsländern wird nicht zugestanden werden, dass sie sich vor dem massenhaften Import von Industriegütern mit Hilfe wirksamer Zölle schützen, um der eigenen Wirtschaft eine Entwicklungschance zu geben. Die sehr unterschiedlichen Interessenlagen der armen und reichen Länder lassen sich bei offenen Märkten von einer zentralen Instanz nicht unter einen Hut bringen.

Und selbst wenn dies gelänge, so würden auf globaler Ebene Expertengremien über das wirtschaftliche Schicksal der Menschen in allen Ländern der Erde bestimmen. Die Entscheidungsprozesse von global agierenden Institutionen wären durch demokratisch gewählte Regierungen der einzelnen Länder nicht mehr kontrollierbar und beeinflussbar. Die Entscheidungsbefugnis globaler Institutionen würde die demokratisch organisierte Verantwortlichkeit der Menschen für ihr eigenes Leben ad absurdum führen.

Eine globale Zentralisierung fundamental wichtiger Entscheidungsbefugnisse ist der falsche Weg. Der Weg in die umgekehrte Richtung führt in eine menschenwürdige Zukunft.

Und welche Alternative sieht ATTAC? (Regionalisierung)

Attac wendet sich gegen den neoliberalen Freihandel: gegen die Deregulierung des Kapitalmarktes und gegen die Liberalisierung (globale Öffnung) der Märkte für Güter und Dienstleistungen (konkrete Forderungen siehe folgendes Kapitel). Der Weg führt über eine konsequente Regionalisierung der Wirtschaftspolitik.

Der Grundgedanke des Regionalisierungskonzepts lässt sich in folgendem Vergleich (Bild) beschreiben: Der Markt (das Agieren der Wirtschaftsunternehmen nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage) gleicht einem Wildpferd, das gezügelt werden muss, um nützliche Arbeit verrichten zu können. Eine Zähmung des Wildpferdes in der offenen Prärie (offene Märkte) ist nicht möglich. Nur innerhalb eines Gatters lässt sich das Wildpferd zureiten – ohne Gatter flieht es (wie das flüchtige Kapital) und entzieht sich dem Zugriff des Zureiters (Politik in einem Staat oder Staatenbund, dessen demokratisch beschlossene Gesetze nur in dem entsprechenden Hoheitsgebiet gelten).

Eine (Groß-) Region mit reguliertem Außenhandel (der Abschied vom neoliberalen Freihandel) ist die Voraussetzung dafür, dass wirksame soziale und ökologische Gesetze erlassen werden, die unter den Bedingungen des internationalen

Wettbewerbs (offene Märkte) scheitern würden. Vollbeschäftigung und Mindestlöhne, von denen man gut leben kann, sind nur möglich, wenn die entsprechenden Gesetze nicht zur Folge haben, dass die unter internationalem Konkurrenzdruck stehenden Unternehmen in Länder mit billigen Löhnen und niedrigen Steuern ausweichen.

Mit der Regionalisierung allein ist noch nicht viel gewonnen. Mit ihr sind erst die Voraussetzungen geschaffen, dass mit demokratischer Politik die zentralen Probleme gelöst werden können – auch wenn die Problemlösung der Wirtschaftselite nicht passt. Welche sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft geschaffen werden müssen, damit die Unternehmen in den Dienst an der Gesellschaft gestellt werden können, muss im demokratischen Meinungskampf politisch ausgefochten werden. Ohne das Sachzwangargument des internationalen Wettbewerbs ist es dann möglich, den technischen Fortschritt für das Wohl aller Menschen einzusetzen – statt nur eine kleine Gruppe von Reichen immer reicher und mächtiger werden zu lassen.

Wir brauchen eine Wirtschaft, die in erster Linie die Nachfrage des Binnenmarktes bedient. Wir brauchen überschaubare Wirtschaftskreisläufe, die sich auf wirtschaftsstrukturelle Vielfalt stützen bzw. diese Vielfalt schaffen. Wir brauchen diese Vielfalt an Branchen (mit entsprechend vielen Arbeitsplätzen), die uns durch die Globalisierung der Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen verloren gegangen ist. Eine solche „gezähmte“ Wirtschaft ist bei global geöffneten Märkten durch demokratische Politik nicht erreichbar.

Welche Schritte sind schon heute machbar? Wie soll es weitergehen?

Siehe dazu die Ausführungen in der Langfassung. Nur so viel hier: Wir verfolgen weiterhin sehr wachsam alle Versuche der neoliberal orientierten Politik, Gemeinschaftsgüter zu privatisieren, die Märkte weiter zu deregulieren und zugunsten eines globalen Freihandels alle schützenden Schranken zu beseitigen. Und wir arbeiten an einer echten Alternative. Die wirtschaftliche Globalisierung ist kein Schicksal - eine andere Welt ist möglich. Dafür müssen wir kämpfen. Denn eine bessere Welt fällt uns nicht in den Schoß.

Weiterführende Literatur (kleine Auswahl):

ABC der Globalisierung – von „Alterssicherung bis „Zivilgesellschaft“ (herausgegeben vom Wissenschaftlichen Beirat von attac in Kooperation mit Heinrich Böll Stiftung und „die tageszeitung“) VSA-Verlag, 2005

Atlas der Globalisierung – die neuen Daten und Fakten zur Lage der Welt (Le Monde diplomatique, 2006)

Zehn von vielen – Gekommen um zu bleiben. Attac: die ersten Jahre. (Attac Deutschland anlässlich seines 10. Geburtstages, 2010)

Internationale Besteuerung. Umsteuern – Globalisierungsgewinne *fair*teilen. Silke Ötsch, Peter Wahl. AttacBasisTexte 19 (VSA-Verlag 2006)

Das Casino schließen! Analysen und Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von attac. Hrsg.: Thomas Sauer, Silke Ötsch, Peter Wahl (VSA-Verlag, 2009)

Die letzte Grenze. GATS: Die Dienstleistungsverhandlungen der WTO, Sachstand, Probleme, Alternativen. Eine kritische Einführung von Thomas Fritz, weed. (2003)

Der Freihandelskrieg – von der neoliberalen zur zivilisierten Globalisierung. Eine Perspektive für Vollbeschäftigung. Gerd Zeitler (Edition Octopus, 2006)

Die Vorzüge der Deglobalisierung. Walden Bello (in: Sand im Getriebe, Nr. 77, 2009)